



**Gewerkschaft
der Polizei**

Berlin

Landesbezirksvorstand

Presse- und

Öffentlichkeitsarbeit

Benjamin Jendro

Kurfürstenstraße 112

10787 Berlin

Telefon 030 210004-13

Telefax 030 210004-29

Mobil 0151 11280361

jendro@gdp-berlin.de

www.gdp-berlin.de

10.11.2016

P R E S S E M I T T E I L U N G

Gedenk-Stele für getöteten Polizisten Uwe Lieschied geschändet

GdP von verabscheuungswürdiger Respektlosigkeit entsetzt

Berlin. Am 17. März 2006 wurde Hauptkommissar Uwe Lieschied im Dienst erschossen. Gemeinsam mit Kollegen wollte er am Volkspark Hasenheide zwei Männer kontrollieren, die zuvor eine Frau beraubt hatten. Einer der beiden feuerte sofort sieben Schüsse auf die Polizisten ab, der 42-Jährige Beamte hatte keine Chance. Zehn Jahre sind seither vergangen, die Kolleginnen und Kollegen haben ihn nicht vergessen. Ihm zu Ehren wurde am zehnten Todestag eine Stele errichtet. Diese haben linke Chaoten in der Nacht zu Mittwoch angegriffen und zum Teil zerstört.

Linksextremisten bekennen sich

„An solchen Tagen schäme ich mich für meine Spezies. Es gibt einzelne Vertreter, die anscheinend komplett ihr Gehirn ausstellen und mit einer derart verabscheuungswürdigen Tat menschliche Abgründe offenbaren, die wir längst hinter uns haben sollten. Uwe Lieschied war ein zweifacher Familienvater, der sich mit großem Engagement in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger stellte und diese Aufopferung mit dem Leben bezahlte. Das Andenken an ihn derart zu beschmutzen, ist mit keiner politischen Meinung zu rechtfertigen“, so Kerstin Philipp, Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei. Auf der einschlägig bekannten Internetplattform linksunten.indymedia.org hatten Extremisten sich zum Anschlag bekannt, Lieschied als „Schurke“ und „Feind der Freiheit“ denunziert.

Umdenken bei der Bewertung linksextremistischer Straftaten

„Es wäre durchaus ein Zeichen, wenn jetzt auch mal jemand von den führenden Linkspolitikern dieser Stadt öffentlich zu dieser unverständlichen Tat Stellung bezieht und deutlich macht, dass in unserer Demokratie für so etwas kein Platz ist“, sagte Philipp mit Blick auf die vergangenen Monate und Jahre, in denen mehrfach auch von politischer Seite kritische Töne fielen, wenn die Polizei gegen linksextremistische Straftäter vorging. Neben einer deutlichen Distanzierung von jeglichen extremistischen Straftaten forderte die GdP-Landesvorsitzende auch ein Umdenken bei der strafrechtlichen Bewertung derartiger Angriffe gegen Beamtinnen und Beamte sowie den Staat: „Die Gefahr durch linksextremistische Straftäter ist genauso hoch wie durch rechtsextremistische. Wir sollten endlich aufhören, brennende Autos, fliegende Steine, Böller und Flaschen sowie hinterhältige Angriffe als Kleinigkeiten abzuhandeln und müssen ihnen mit deutlichen Strafen entgegentreten.“